

JAHR DER BEHINDERTEN

# Anti-Vorbild Behörden



Mehr als nur ein Arbeitsplatz: Beschäftigter eines Ateliers der Fondation Kraizberg.

(Foto: Christian Mosar)

**Der lange Weg zur Gleichstellung: Mehr als zehn Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Integration von behinderten ArbeitnehmerInnen in den Arbeitsmarkt ist die luxemburgische Bilanz ernüchternd.**

Das Jahr 2003 wurde zum Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen ausgerufen. Etwa 37 Millionen soll es davon nach EU-Angaben in der Europäischen Union geben, das sind rund zehn Prozent der Gesamtbevölkerung. Zwar wurde in jüngster Zeit in den Ländern der EU einiges für sie getan und gesetzliche Rahmenbedingungen zu ihrer Integration in die Gesellschaft geschaffen, so zum Beispiel vergangenes Jahr in Deutschland mit dem so genannten Gleichstellungsgesetz. Dennoch gibt es weiterhin diskriminierende Bedingungen im Bereich der Chancengleichheit. Dies gilt unter anderem für behinderte ArbeitnehmerInnen. In Luxemburg, wo die Belange der Behinderten dezentral auf mehrere Ministerien verteilt sind, ist dies nicht anders als in den europäischen Nachbarländern.

"Was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein müsste, ist für viele Behinderte immer noch vielfach ein Wunschtraum: die Anerkennung ihrer Würde durch ein garantiertes Einkommen und ein Höchstmaß an Lebensautonomie", sagt Paolo Moretti am vergangenen Montag bei einer Pressekonferenz des OGBL. Moretti ist Sekretär des "Département des travailleurs handi-

capés" (DTH). Die neu ins Leben gerufene OGBL-Sektion soll sich mit den alltäglichen Problemen von behinderten Menschen in der Arbeitswelt auseinandersetzen. Zu ihr gehören all jene Mitglieder des Gewerkschaftsbundes, die das Statut des "travailleurs handicapés" besitzen. Zuvor hatte sich bereits seit 1998 eine interne Arbeitsgruppe mit den spezifischen Problemen behinderter ArbeitnehmerInnen befasst. "Die Abteilung wurde nach dem Vorbild des Départements für Frauen, Jugendliche und Immigranten geschaffen", erklärt DTH-Präsident Joël Delvaux.

Die Chancen für eine verstärkte Integration von behinderten ArbeitnehmerInnen sinkt jedoch in Zeiten schwacher wirtschaftlicher Konjunktur. Sie sind in der Regel von der Arbeitslosigkeit stärker betroffen. Die Chancengleichheit von behinderten Personen müsse auch in Krisenzeiten garantiert bleiben, meint hingegen OGBL-Chef John Castagnaro und fügt hinzu: "Gleichstellung und Gleichberechtigung am Arbeitsplatz dürfen sich nicht weiter auf feierliche Deklarationen beschränken, sondern müssen endlich Realität werden." Die Anliegen der behinderten ArbeitnehmerInnen sollten demnach auch fester Bestandteil künftiger Kollektivvertragsverhandlungen werden.

## Kontrollinstanz gefordert

Mit der Eingliederung von Behinderten in den "normalen" Arbeitsmarkt ist es in Luxemburg nicht zum Besten bestellt. "Einen gesetzlichen Rahmen gibt es zwar", sagt Silvio Sagromola, Leiter von "Info-Handicap", gegenüber der woxx. Das Gesetz zur Integration behinderter ArbeitnehmerInnen aus dem Jahr 1991 werde aber nicht hundertprozentig eingehalten. Es verpflichtet die Arbeitgeber, mindestens fünf Prozent der Stellen mit Behinderten zu besetzen, die Hälfte von deren Löhne oder Gehälter übernimmt der Staat. Doch nicht einmal die staatlichen Behörden halten die vorgeschriebene Beschäftigungsquote ein. Die Rate der beim Staat

angestellten behinderten Beschäftigten beläuft sich nach Angaben der zuständigen Ministerin Lydie Polfer auf 2,18 Prozent - ein schlechtes Vorbild für die Privatbetriebe, über die nicht einmal konkrete Zahlen vorliegen.

Nach den Worten von Joël Delvaux gibt es noch immer zahlreiche Schwierigkeiten bei der Integration von Behinderten auf dem Arbeitsmarkt. Neben verlässlichen Statistiken verlangt das DTH deshalb eine Gesetzesänderung. Außerdem muss nach Worten des Gewerkschafters eine Kontrollinstanz geschaffen werden, die über die Einhaltung der Quoten wacht. Die in Artikel 10 des Gesetzes vorgesehenen Strafbestimmungen sollten darüber hinaus strenger angewandt werden: Sie besagen, dass ein Arbeitgeber, der sich weigert, ausreichend Behinderte einzustellen, pro Person eine monatliche Kompensationstaxe in Höhe von 50 Prozent des sozialen Mindestlohns zahlen muss. Das Geld könne in den Sozialsektor investiert werden, so Delvaux.

Als ersten Schritt in die richtige Richtung sieht er den Gesetzesentwurf von Ministerin Marie-Josée Jacobs, wonach die in Sonderstrukturen beschäftigten Behinderten künftig einen regelrechten Lohn erhalten - und nicht wie bislang nur eine Art Taschengeld. Die in den "ateliers protégés" Beschäftigten müssten demnach über die gleichen sozialen Rechte verfügen wie ihre KollegInnen auf dem gewöhnlichen Arbeitsmarkt. Die Beschäftigung von Behinderten in speziellen Einrichtungen soll laut DTH jedoch zur Ausnahme werden. Delvaux: "Absolute Priorität hat die Eingliederung in den gewöhnlichen Arbeitsmarkt." Zu dem Forderungskatalog des Départements gehört außerdem, dass Behinderte auch ein Recht auf berufliche Aus- und Weiterbildung erhalten und dass dies im Gesetz verankert wird.

Einen ausgeprägten Sozialdialog mit den Arbeitgebern und der Regierung sowie diverse Sensibilisierungsmaßnahmen verspricht OGBL-Generalsekretär Jean-Claude Reding, um "die Chancengleichheit für Behinderte in unserer Gesellschaft zu erhöhen". Es dürfe nicht sein, dass behinderte Beschäftigte die ersten Opfer einer schlechteren wirtschaftlichen Lage sind.

Eine verstärkte Sensibilisierung der Bevölkerung für deren Belange erhofft sich auch Lucien Franck von dem Aktionsjahr. Die Integration Schwerbehinderter in den gewöhnlichen Arbeitsmarkt hält der Leiter der Ateliers Kaizberg jedoch für eher unwahrscheinlich. Realistisch betrachtet, hätten die etwa 90 Personen, die in den Dudelinger Werkstätten arbeiten, keine Chance auf dem freien Markt, so Franck. Was aber nicht heiße, dass die Ateliers der Fondation Kraizberg ihre Erzeugnisse eben dort auch anbieten. Und abgesehen davon stellen die Werkstätten für die dort Beschäftigten mehr als nur eine Arbeitsstelle dar: Sie sind ein Ort der Begegnung und der Anerkennung - ohne die negativen Mitbringsel des deregulierten Arbeitsmarktes wie befristete Verträge, Leistungsdruck und Mobbing.

**Stefan Kunzmann**

## Politik gegen Wählermehrheit

Die Mehrheit der EinwohnerInnen Luxemburgs befürwortet die Integration der abgelehnten AsylbewerberInnen im Großherzogtum. Das ergab eine Umfrage des Markt- und Meinungsforschungsinstituts Ilres bei 500 Personen über zwölf Jahren, die vom CLAE in Auftrag gegeben worden war. Doch ist dies auch die Mehrheit der LuxemburgerInnen? Zu den 46 Prozent BefürworterInnen gehören nämlich die in Luxemburg lebenden AusländerInnen. Gegen eine Integration sprachen sich 26 Prozent aus. Zieht man die Jugendlichen unter 18 Jahren sowie die AusländerInnen von den Befragten ab und betrachtet das Zahlenverhältnis bei den Luxemburger WählerInnen, ergibt sich ein weniger fremdenfreundliches Bild: Nur 39 Prozent sind dafür, dass die abgelehnten AsylbewerberInnen im Großherzogtum bleiben und arbeiten können. Die Front der GegnerInnen macht dabei gar schon 32 Prozent aus. Zudem scheinen sich viele LuxemburgerInnen ihrer Sache nicht ganz sicher zu sein: 29 Prozent gaben keine spontane Antwort, teilte die Ilres mit. Unterm Strich bleibt ein leichtes Pro für die Integration. Die Regierung, allen voran Justizminister Luc Frieden, fährt derweil weiter ihren harten Kurs. Immerhin steht ein Gespräch mit dem Flüchtlingsrat kurz bevor. Ob Frieden auch dann noch gegen die Meinung der Wählermehrheit Politik macht?

## Entwarnung auf Fridhaff

Von der Deponie und der Kompostanlage auf Fridhaff gehen keine Gefahren für die Umwelt aus. Zu diesem Ergebnis sind nunmehr vier verschiedene Studien gekommen, die das verantwortliche Gemeindegewerbe SIDEC, die Gemeinde Diekirch, die Gewerbeinspektion und die Umweltverwaltung in Auftrag gegeben hatten. Auch der schwerwiegendste Vorwurf, die Verseuchung umliegender Felder durch polyaromatische Kohlenwasserstoffe (PAK) ist entkräftigt, teilte das SIDEC in einer Pressemitteilung mit. Als Verursacherin für die PAK-Emissionen, die möglicherweise erhöhte Quoten von Missbildungen bei Kälbern und Fehlgeburten bei Kühen zur Folge haben, wurden der Straßenverkehr und ein steinkohlehaltiger Fahrbahnbelag eines Feldweges gegenüber der Abfallanlage ausgemacht. Das SIDEC wies zudem die in der Presse neu erhobenen Vorwürfe zurück, wonach ein Schimmelpilz eine weitere Gefahrenquelle darstellen sollte.

Allerdings bestätigten die SIDEC-Verantwortlichen die von den Anlagen ausgehenden Geruchsprobleme. Die Emissionen sind je nach Wetterlage oft noch in großer Entfernung wahrnehmbar. Im Laufe der derzeitigen Deponiesanierungsarbeiten soll künftig der neu angelieferte Müll in einer geschlossenen Anlage mit einer so genannten Abluftbehandlung vorbehandelt werden - und erst nach sechs Wochen, geruchsarm, auf der Deponie abgelagert werden.

## Volksabstimmung zu BTB?

Lediglich ein Viertel der Luxemburger Bevölkerung findet es gut, dass das ursprüngliche BTB-Projekt zurzeit vom Tisch ist, so das Ergebnis einer Ilres-Umfrage. Der Auftraggeber Mouvement écologique triumphierte in einer Pressemitteilung: "Breite Mehrheit für moderne Stadtbahn durch das Stadtzentrum." Das Ergebnis der Gemeindegewahlen von 1999, als die Anti-Tram-Partei DP gewann, entpuppt sich als Pyrrhussieg. Auch das Alibi-Projekt eines BTB, der Kirchberg und Flughafen an das Schienennetz anbindet, dabei aber das Stadtzentrum umfährt, hat die öffentliche Meinung nicht aus den Schienen geworfen: Landesweit befürworten 64 Prozent der Befragten das ursprüngliche Projekt, und selbst in der Stadt Luxemburg, der Hochburg der Tram-SkeptikerInnen, findet sich eine satte Mehrheit von 57 Prozent (bei 30 Prozent GegnerInnen). Am Tram-freundlichsten dagegen sind die Minettstäpp, wo kaum eine Alters-, Berufs- oder Einkommensgruppe unter 70 Prozent BefürworterInnen enthält. Es sind aber gerade die PendlerInnen aus dem Süden, die bei dem derzeit vorliegenden Projekt zum Umsteigen im Bahnhof Luxemburg gezwungen werden, beklagt der Mouvement écologique. Und fordert, endlich Nägel mit Köpfen zu machen.

